

Der freie Verkehr der Lohnabhängigen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union muss mit der Verstärkung der Rechte aller Beschäftigten in der Schweiz wie in Europa einher gehen

Zusammen gegen Lohn- und Sozialdumping!

In der Europäischen Union (EU) entlassen die Unternehmer Lohnabhängige, sie drohen mit Verlagerung ins Ausland, arbeiten mit Zulieferern – mit dem Ziel, Lohnsenkungen sowie Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit durchzusetzen.

In der Schweiz handeln die Unternehmer genauso. Sie benutzen die Arbeitslosigkeit, um uns zu sagen: "Wenn ihr nicht zufrieden seid, stehen 100 andere bereit, um eure Jobs zu übernehmen!" Immer wieder heisst es: "Wenn ihr keine zusätzliche Anstrengung leistet, muss der Betrieb schliessen oder Personal abbauen."

In ganz Europa werden die Beschäftigten in ein Konkurrenzverhältnis gebracht. Die Hölle von Lohn- und Sozialdumping ist die Zukunft, die sie für uns und unsere Kinder vorschlagen. Wir sagen NEIN zu einer solchen Zukunft.

Für eine echte Demonstration unserer Kraft

Wir sind hier in Bern um zu demonstrieren, was morgen eine starke Gewerkschaft erreichen könnte. So hat UNIA-Copresident Vasco Pedrina erklärt, diese grosse Demonstration solle dazu dienen, "die Unzufriedenheit zu kanalisieren".

Viele von uns sind jedoch der Meinung, dass diese Demonstration im Gegenteil unserer berechtigten Unzufriedenheit freien Lauf lassen und sie organisieren soll, und zwar im Hinblick auf zwei Ziele:

1° Dass wir am Arbeitsplatz und in allen Ländern mehr Einigkeit in der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping schaffen;

2° Dass wir die Folgen bekämpfen, welche die Bilateralen Verträge Schweiz-EU über den freien Personenverkehr für unsere Lebens- und Lohnbedingungen haben.

"Arbeiter zum halben Preis importieren"!

Die Presse bestätigt all das, was wir bereits heute in der Arbeitswelt sehen, insbesondere seit dem 1. Juni 2004:

Zimmerleute aus Deutschland werden nur 17 statt 28 Franken pro Stunde bezahlt; gelernte Schlosser erhalten 18 statt 30,40 Franken Stundenlohn.

Der *SonntagsBlick* (24. Oktober 2004) fasst die Lage treffend zusammen: "Neuer Import-Schlager: Arbeiter zum halben Preis".

Anders gesagt: Die Unternehmer haben freie Hand, um einen Wettbewerb zwischen den Beschäftigten aller Nationalitäten, die in der Schweiz arbeiten, und den Lohnabhängigen aus den Ländern der EU zu schaffen. Das Ergebnis: Sozial- und Lohndumping für die Beschäftigten, die in der Schweiz arbeiten, und für jene, die hierher kommen, um Arbeit zu suchen.

In der Schweiz sind jedoch der Schutz gegen "willkürliche Entlassung", der "Schutz des Rechts auf freie Meinungsäusserung" sowie das Recht, sich durch Delegierte der Gewerkschaft "vertreten zu lassen", bekanntlich weit weniger entwickelt als in allen anderen Industrieländern. In der Rangliste des Internationalen Arbeitsamts IAA steht die Schweiz an 25. Stelle, nach Schweden, Deutschland, Spanien, Portugal usw. (*International Labour Review* 2003, Nr. 2)!

Echte "flankierende Massnahmen"

1° Ein wirksamer Kündigungsschutz für alle – und insbesondere für Mitglieder und Delegierte der Gewerkschaft – muss gesetzlich verankert werden (Obligationenrecht). Das Gesetz muss jene schützen, die Lohndumping sowie Tatbestände aufdecken, die Gesetz und Gesamtarbeitsvertrag verletzen.

2° Das Bundesgesetz über die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr (Bilaterale Verträge) muss revidiert werden. Im Obligationenrecht (OR) muss bei Artikel 360b ein Absatz 6 mit folgendem Inhalt hinzugefügt werden: Alle Arbeitgeber müssen von sich aus Lohn, Arbeitszeit und Qualifikation ihrer Beschäftigten (und nicht nur der entsandten ArbeiterInnen) melden. Diese Informationen

gehen an die tripartiten Kommissionen (Kanton, Unternehmer, Gewerkschaft).

In vielen Fällen sabotieren die kantonalen Behörden und die Unternehmer diese Kommissionen. Die hier vorgeschlagene "flankierende Massnahme" wird die Arbeit der Gewerkschaften und der Inspektoren erleichtern.

Nein zur Erpressung durch den Bundesrat – Für ein Referendum

Solche einfache "flankierenden Massnahmen" sind lebenswichtig. Würde UNIA im Dezember 2004 die Bilateralen Verträge über den freien Personenverkehr ohne diese Schutzmassnahmen akzeptieren, so würde sie damit alle Beschäftigten – jene, die heute hier arbeiten und jene, die in Zukunft in der Schweiz Arbeit finden werden – dem einzigen Gesetz der Unternehmer unterwerfen: maximale Ausbeutung.

Die Erpressung durch den Bundesrat im Namen der "Öffnung" zur EU – einer EU, die soziale Rechte abbaut – muss zurückgewiesen werden.

Zudem muss UNIA, wie es Vasco Pedrina in der Zeitung *Le Temps* erklärt hat, mit den Gewerkschaften in der EU gemeinsam und stark agieren.

Die internationalistische Einheit aller Beschäftigten wird auf folgende Grundlagen bauen:

1° Kampf gegen den wilden Wettbewerb, der von den Unternehmern und den Behörden unter allen Beschäftigten geschaffen wird, mit dem Ziel, uns zu spalten und zu schwächen;

2° Schaffung von rechtlichen Instrumenten, so dass sich alle verteidigen können, ohne der Willkür der Unternehmer ausgesetzt zu sein;

3° Stärkung der Gewerkschaft und ihrer Präsenz am Arbeitsplatz.

So können auch ausländerfeindliche Manipulationen sowie Konflikte auf Grund von "Konkurrenz" zwischen Lohnabhängigen bekämpft werden – ob diese nun eine italienischen, Schweizerischen, deutschen oder polnischen Pass besitzen.